

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2024

**DER DELEGATION BEI DER
INTER-PARLAMENTARISCHEN UNION
(IPU)**

I.	Einleitung.....	3
II.	Zusammensetzung der Delegation	3
III.	Allgemeines zur Inter-Parlamentarischen Union (IPU)	3
	a. Ziele	3
	b. Organe.....	4
	c. Geopolitische Gruppe «12Plus»	4
IV.	Delegationstreffen 2024	5
	a. 148. Versammlung (23. - 27.03.2024, Genf / Schweiz)	5
	b. 149. Versammlung (13. - 17.10.2024, Genf / Schweiz)	6
V.	Kostenaufwand der Delegation.....	8
VI.	Ausblick 2025	8
VII.	Weitere Informationsquellen.....	8
VIII.	Schlusswort und Antrag	8

I. Einleitung

Die Delegation vertritt den Landtag bei der Inter-Parlamentarischen Union. In dieser Funktion nimmt sie an den zwei jährlichen Konferenzen teil. Gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen unterbreitet die Delegation dem Hohen Landtag ihren Jahresbericht 2024.

II. Zusammensetzung der Delegation

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation bei der Inter-Parlamentarischen Union wurde an der Eröffnungssitzung des Landtags am 26. Januar 2023 für die Mandatsperiode 2023 – 2024 neu gewählt. Unterstützt wird sie in ihrer Tätigkeit vom Parlamentsdienst. Im Berichtsjahr setzt sich die Delegation wie folgt zusammen:

- Landtagspräsident Albert Frick, Delegationsleiter
- Abg. Dagmar Bühler-Nigsch, ordentliches Mitglied
- Abg. Mario Wohlwend, stellvertretendes Mitglied
- Abg. Sebastian Gassner, stellvertretendes Mitglied
- Jessica F. Bucher, Delegationssekretärin

III. Allgemeines zur Inter-Parlamentarischen Union (IPU)

Die IPU wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveräner Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zu einer globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 181 Mitgliedstaaten (Stand Dezember 2024) und 15 Partnerorganisationen. Liechtenstein ist seit Herbst 2000 als offizielles Mitglied vertreten.

1. Ziele

Die IPU setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen. Ziele sind dabei:

- die Kontakte, die Koordination und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten und deren Mitgliedern aller Länder fördern
- Fragen von internationalem Interesse betreffend Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Frauen in der Politik, Bildung, Wissenschaft und Kultur zu erörtern, um dadurch einzelne Parlamente und Ratsmitglieder zu konkreten Massnahmen zu veranlassen.
- den Schutz und die Achtung der Menschenrechte – ein zentraler Faktor für die parlamentarische Demokratie und die Entwicklung – und des humanitären Rechts beizutragen, insbesondere zum Schutz der Menschenrechte der Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu fördern.

- zu einem besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen beizutragen und deren Entstehung und Fortbildung zu unterstützen.

2. Organe

Die **Interparlamentarische Konferenz** – die Plenartagung der Organisation – tagt zweimal jährlich. Sie erörtert dabei insbesondere politische, wirtschaftliche und soziale Fragen von internationalem Interesse und erarbeitet zu diesen Themen Entschliessungen. Nach der Satzung sind die Mitglieder der Union zur Verteilung der Resolutionen im Parlament sowie an die Regierungen sowie zur Förderung ihrer Umsetzung aufgerufen. Es ist somit Aufgabe der Delegationen, die Entschliessungen der IPU den Parlamenten zu überbringen und auf deren Umsetzung hinzuarbeiten. Die einzelnen Entschliessungen entfalten allerdings für die Parlamente der in der IPU vertretenen Staaten keine bindende Wirkung.

Darüber hinaus veranstaltet die IPU **Sonderkonferenzen**, die sich insbesondere mit Fragen aus den Bereichen Abrüstung, Entwicklung und Umwelt auseinandersetzen.

Der **Interparlamentarische Rat** lenkt unter der Leitung seines auf drei Jahre gewählten Präsidenten die Arbeit der Union. Das Exekutivkomitee, das sich neben dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates und dem Vizepräsidenten aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzt, unterstützt den Rat bei seinen Aufgaben. Es nimmt eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung des jährlichen Arbeitsprogramms der Union und bei der Einrichtung neuer Ausschüsse ein.

Drei **Ständige Ausschüsse** – Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit, Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte – unterstützen die Interparlamentarische Konferenz in ihrer Arbeit. Ähnlich dem Verfahren in anderen interparlamentarischen Gremien besteht ein Berichterstatter-System mit zwei Berichterstattern/Innen pro Sachthema, welche dem jeweiligen Ausschuss nebst einem Themenbericht einen Resolutionsentwurf vorlegen. Änderungsanträge zu den jeweiligen Resolutionsentwürfen werden jedoch dann im gesamten Ausschuss beraten und verabschiedet.

Das **Sekretariat** der IPU mit Sitz in Genf ist für alle administrativen Aufgaben sowie den Sitzungsdienst bei den Tagungen der verschiedenen IPU-Gremien zuständig.

3. Geopolitische Gruppe «12Plus»

Geopolitische Gruppierungen wurden eingeführt, um eine gerechte geografische Verteilung der Sitze in den Komitees und Gremien sicherzustellen. In dieser Funktion führen sie Anhörungen mit Kandidaten für das IPU-Präsidium, den Posten des Generalsekretärs sowie anderen IPU-Beamten durch und beraten ihre Mitglieder. Zudem bereiten sie die Tagesordnungen der Vollversammlungen und vor und Entschliessungen zu Dringlichkeitsthemen während der Vollversammlungen.

Liechtenstein gehört der 47 Mitgliedsstaaten grossen geopolitischen Gruppe «12Plus» an. Die weiteren Mitgliedsstaaten umfassen die europäischen Staaten sowie Israel, Kanada, Australien und Neuseeland. Vorsitzender 2023/2024 war Andries Gryffroy, Mitglied des flämischen Parlaments in Belgien. Für die Mandatsperiode 2025/2026 wurde der Schweizer Nationalrat Laurent Wehrli zum Vorsitzenden gewählt. Die Gruppe tagt jeweils in mehreren Sitzungen im Rahmen der beiden Jahreskonferenzen.

4. Finanzierung

Die IPU und die geopolitischen Gruppen finanziert sich ausschliesslich aus eigenen Mitteln, die durch die Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden. Liechtensteins IPU-Beitrag belief sich 2024 auf CHF 12'700, der «12Plus»-Beitrag auf EUR 536.

IV. Delegationstreffen 2024

Analog den Vorjahren nahm die Liechtenstein im Berichtsjahr an den beiden Jahreskonferenzen teil, welche im Berichtsjahr beide in Genf / Schweiz stattgefunden haben.

1. 148. Versammlung (23. - 27.03.2024, Genf / Schweiz)

An der Frühjahrskonferenz 2024 vom 22. bis 27. März mit dem Thema «Parlamentarische Demokratie – Brücken bauen für Frieden und Verständnis» nahmen 1'479 Teilnehmende, darunter 716 Parlamentsmitglieder, aus 144 Länder, teil. Liechtenstein wurde vertreten durch Delegationsleiter Albert Frick und Abgeordnete Dagmar Bühler-Nigsch sowie Delegationssekretärin Jessica F. Bucher.

Generaldebatte

Die neu gewählte Präsidentin Dr. T. Ackson eröffnete zum ersten Mal in ihrer Funktion als Präsidentin die dreitägigen Generaldebatte, in der sich 203 Abgeordnete zu Wort meldeten. Landtagspräsident Albert Frick betonte in seiner Rede die Wichtigkeit von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Als Beispiel eines aktuellen Liechtensteiner Beitrages zum Thema erwähnte er die «Veto-Initiative», welche von Liechtenstein lanciert von der UNO Generalversammlung eingeführt wurde.

Redner Dan Carden, Abgeordneter des englischen Unterhauses und Präsident des «Forum der Jungen Parlamentariern» erklärte, dass sich die Welt bei seiner Geburt 1986 in berechtigter Angst vor den Folgen eines nuklearen Krieges befunden habe. In den Folgejahren habe sich die politische Lage durch liberal-demokratisches Modelle massgeblich verbessert, aktuell die politische Stabilität jedoch durch verschiedene grosse Konflikte wieder stark sinke und besonders die junge Weltbevölkerung die Last dieser Konflikte zu tragen habe.

Rednerin Cynthia Lopez Castro, Abgeordnete des Mexikanischen Kongresses und Präsidentin des «Forum für Parlamentarierinnen» ermutigte die Parlamentarier in ihrer Videobotschaft, dass enorme Potenzial von Frauen weltweit zu nutzen, um sich an Prozessen zu beteiligen, die zur Förderung von Frieden und Sicherheit beizutragen.

Am Schluss der Generaldebatte wurde eine entsprechende Deklaration verabschiedet, in der die Mitgliedsstaaten ihr Engagement für die parlamentarische Diplomatie zur Bewältigung der wachsenden Herausforderungen für den Frieden und die internationale Sicherheit bekräftigten.

[Die Deklaration ist dem Bericht als Beilage angehängt.]

Dringliches Nachtraktandum

Von sechs eingegangenen Vorschlägen wurden drei Vorschläge für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum besprochen.

- i. «Sensibilisierung für die vorläufigen Massnahmen des Internationalen Gerichtshofs für Israel in Bezug auf die Palästinenser in Gaza und für die Notwendigkeit dringender Massnahmen zur Bewältigung der humanitären Krise in Gaza.» (Südafrika mit Unterstützung der Afrikanischen und der Arabischen Gruppe)
- ii. «Aufruf zum dringenden Handeln in Bezug auf den Konflikt im Nahen Osten.» (Dänemark, Frankreich, Ungarn, Irland, Portugal, Schweden, Grossbritannien)
- iii. «Freie, faire und transparente Wahlen ohne Verbote: Auf dem Weg zu einem geordneten und friedlichen demokratischen Übergang in der Bolivarischen Republik Venezuela.» (Argentinien im Namen von Argentinien, Guyana, Peru und Uruguay))

Die Liechtenstein-Delegation schloss sich der Empfehlung der «12Plus»-Gruppe an und stimmte für das dringliche Nachtraktandum ii. Aufgrund der verpassten 2/3-Mehrheit in allen drei Fällen wurde jedoch kein Nachtraktandum als dringlich in die Traktandenliste aufgenommen. Folglich wurde an der 148. Versammlung keine Resolution erarbeitet. Präsidentin Dr. T. Ackson und Generalsekretär Martin Chungong haben als Folge jedoch eine Erklärung veröffentlicht, in der sie dringende Massnahmen zur Verbesserung der Lage im Gaza-Streifen fordern.

[Die Erklärung ist dem Bericht als Beilage angehängt.]

Weitere Veranstaltungen

Nebst der Generaldebatte nahm die Delegation auch an den vier Treffen der geopolitischen Gruppe «12Plus» sowie an den Workshops «Künstliche Intelligenz» (Austausch über die Pilotprojekte und Erfahrungen in den verschiedenen Parlamenten), «Nachhaltige Entwicklung und Klimawandel - Wie können Parlamente in Krisenzeiten für Gesundheit» (Co-Anlass der IPU und Julie Ann Wrigley Global Future Laboratory, Arizona State Universität) und «Diskussion über die humanitäre Arbeit der Vereinten Nationen: Wie nachhaltig ist sie?» (Diskussion über den parlamentarischen Antrag zur Reform des Sicherheitsrates) teil. Zum Abschluss besuchte die Delegation Botschafter Kurt Jäger in der Ständigen Mission in Genf.

2. 149. Versammlung (13. - 17.10.2024, Genf / Schweiz)

An der Herbstkonferenz 2024 vom 13. bis 17. Oktober mit dem Thema «Einsatz von Wissenschaft, Technologie und Innovation für eine friedliche und nachhaltige Zukunft» nahmen 1'267 Teilnehmende, darunter 631 Parlamentsmitglieder, aus 129 Ländern, teil. Liechtenstein wurde vertreten durch Delegationsleiter Albert Frick und Abgeordnete Dagmar Bühler-Nigsch sowie Delegationssekretärin Jessica F. Bucher.

Generaldebatte

In der dreitägigen Generaldebatte meldeten sich 157 Redner zu Wort.

Rednerin Cynthia Lopez Castro, Abgeordnete des Mexikanischen Kongresses und Präsidentin des «Forum für Parlamentarierinnen» ermutigte die Parlamentarier neue Technologien zur Förderung der Gleichberechtigung einzusetzen und betonte die Notwendigkeit, Frauen und Mädchen in die rasante technologische Entwicklung miteinzubeziehen.

Redner Dan Carden, Abgeordneter des englischen Unterhauses und Präsident des «Forum der Jungen Parlamentariern» stellte fest, dass sich die Welt nicht zum ersten Mal an der Schwelle

einer technologischen Revolution befände. Die Lehre daraus sei, dass technologische Fortschritte keinen intrinsischen moralischen Charakter haben und dass ihre Auswirkungen davon abhängen, wessen Interessen sie dienen sollen.

Gastredner Bertrand Piccard, Gründer der Stiftung Solar Impulse, erklärte, dass seine Stiftung 1780 verschiedene Systeme, Produkte, Materialien, Prozesse, Geräte und Software identifiziert habe, die die Umwelt effizienten und gleichzeitig rentabel schützen können. Ihr erfolgreicher Einsatz würde die Verschwendung reduzieren und von einer quantitativen Wirtschaft, die darauf ausgerichtet ist, immer mehr zu produzieren, zu einer qualitativen Wirtschaft, die Arbeitsplätze und Gewinne schaffen würde, führen könnte.

Landtagspräsident Albert Frick betonte in seiner Rede die Wichtigkeit von einer gerechten Verteilung von Technologien und Ressourcen für die Sicherstellung einer nachhaltigen Zukunft.

Am Schluss der Generaldebatte wurde eine entsprechende Deklaration verabschiedet, in der die Mitgliedsstaaten ihr Engagement bekräftigen, Wissenschaft, Technologie und Innovation zur Bewältigung von drängenden globalen Herausforderungen unserer Zeit und zur Förderung von Frieden, nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte einzusetzen.

[Die Deklaration ist dem Bericht als Beilage angehängt.]

Dringliches Nachtraktandum

Von sechs eingegangenen Vorschlägen wurden zwei Vorschläge in der Debatte zurückgezogen und vier Vorschläge für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum besprochen.

- i. «Durchsetzung der Resolution ES-10/24 der UN-Generalversammlung und Gewährleistung der Rechenschaftspflicht.» (Palästina im Namen der arabischen Gruppe)
- ii. «Reaktion der Parlamentarier auf den dringenden Appell des UN-Generalsekretärs, sich wieder auf den Multilateralismus für globalen Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu besinnen.» (Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, Niederlande, Kanada)
- iii. «Sicherheit und humanitäre Lage im Osten der Demokratischen Republik Kongo.» (Kongo)
- iv. «Mobilisierung von Parlamentariern für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, um Risiken, Leiden und Folgen zu vermeiden.» (Argentinien, Chile, Peru, Mexiko, Brasilien, Guyana)

Die beiden Vorschläge ii. und iv. erhielten die nötige 2/3-Mehrheit. Nachdem ein von der Versammlung bestimmter Ausschuss die Entwürfe überarbeitet hatte, wurden die beiden Resolutionen von der Versammlung genehmigt und verabschiedet.

Cremer-Passy Preis 2024

Der nach den Gründern der IPU, William Randall Cremer und Frédéric Passy, benannte Preis wurde im Berichtsjahr an Dr. Haroun Kabadi, ehemaliger Präsident der Nationalversammlung von Tschad und derzeitiger Sprecher des Nationalen Übergangsrats des Tschad, für seine herausragenden Dienste bei der Rückkehr des Landes zur verfassungsmässigen Ordnung und seine Förderung von Frieden und Sicherheit verliehen.

Weitere Veranstaltungen

Nebst der Generaldebatte nahm die Delegation auch an den fünf Treffen der geopolitischen Gruppe «12Plus» sowie an verschiedenen Workshops teil. Des Weiteren partizipierte Abg. Dagmar Bühler-Nigsch am «Forum für Parlamentarierinnen», wo sie in der Paritätsdebatte zur Gleichstellung der Geschlechter über die Fortschritte und aktuellen Initiativen zur Chancengleichheit und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Liechtenstein berichtete. Landtagspräsident Albert Frick nahm gemeinsam mit weiteren 54 Präsidenten am «Präsidenten-Lunch» teil, wo er sich mit Gastredner Bertrand Piccard vertiefter über die in seiner Rede vorgestellten Projekte unterhielt. Am Rande der Konferenz fand ein Treffen mit dem neu akkreditierten Botschafter in Genf, Frank Büchel, und seinem Stab statt. Die Delegation hatte dabei die Möglichkeit, sich im persönlichen Rahmen auszutauschen und mehr über die aktuellen Geschehnisse in der Mission zu erfahren.

V. Kostenaufwand der Delegation

Im Berichtsjahr 2024 belief sich der Gesamtkostenaufwand (Taggelder und Reise-, Übernachtungs- sowie Verpflegungskosten) der Delegation auf CHF 22'624.15 (Vorjahr CHF 58'142.25). Der Anteil an Reisekosten / Spesen beliefen sich dabei auf CHF 10'824.15, die Taggelder auf CHF 10'824.10.

Der Mitgliedsbeitrag an die IPU belief sich im Berichtsjahr auf CHF 12'700, der Beitrag an die geopolitische Gruppe «12plus» auf EUR 536.

VI. Ausblick 2025

Die 150. Versammlung (Frühjahrskonferenz) wird vom 05. bis 09. April 2025 in Taschkent / Usbekistan stattfinden.

Die 151. Versammlung (Herbstkonferenz) wird voraussichtlich in Genf / Schweiz stattfinden. Das Datum ist noch ausstehend.

VII. Weitere Informationsquellen

Ausführliche Informationen zur Inter-Parlamentarischen Union, den Versammlungen, den Traktandenlisten, Berichte und Protokolle Abstimmungsergebnisse können auf der Homepage der Inter-Parlamentarischen Union (www.ipu.org) eingesehen werden.

VIII. Schlusswort und Antrag

Es ist für die Souveränität unseres Landes von grosser Bedeutung, im Kreise der Parlamente der internationalen Staatengemeinschaft eine Stimme zu haben und als eigenständiges Staatswesen mit weitreichenden demokratischen Mitbestimmungsrechten der Bevölkerung wahrgenommen zu werden. Es ist das Bestreben unserer Delegation, durch aktive Mitwirkung unser Land gut zu vertreten und über gute Vernetzung das Gedankengut der freiheitlichen Gesellschaften zu unterstützen. Die Internationale Parlamentarische Union bietet dafür eine einflussreiche und geeignete Plattform.

Ich bedanke mich bei den Delegationsmitgliedern Dagmar Bühler-Nigsch, Mario Wohlwend und Sebastian Gassner sowie bei der Delegationssekretärin Jessica F. Bucher für die gute Zusammenarbeit.

Wir bitten den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2024 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU) zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Landtagspräsident Albert Frick

Schaan, im Januar 2025



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.

148th IPU Assembly

Geneva, 23–27 March 2024

Geneva Declaration

Parliamentary diplomacy: Building bridges for peace and understanding

*Endorsed by the 148th IPU Assembly
(Geneva, 27 March 2024)*

We, Members of Parliament from around the world, gathered together at the 148th IPU Assembly in Geneva, Switzerland, reaffirm our commitment to parliamentary diplomacy to address the growing challenges to peace and international security.

We are meeting at a time of great turbulence and instability. From the resurgence of conflicts and geopolitical tensions, the increase in social polarization and a looming new global arms race, to the devastating impacts of climate change and the dangers posed by artificial intelligence – the multi-faceted and intractable challenges we face underscore the urgency for a collective, forward-looking and durable response that learns from the past and goes beyond conventional solutions. As we navigate this intricate landscape, it becomes increasingly evident that addressing these complex challenges demands a shared global commitment to building a resilient foundation for lasting peace, rooted in the upholding of human rights and democratic principles.

We conclude this Assembly recognizing the potential of parliamentary diplomacy, grounded in dialogue, mutual respect and the achievement of common goals, as an important means to build trust, promote cooperation, share good practices, and enhance the contribution of parliaments and parliamentarians to building lasting world peace. We recognize that the tools of parliamentary diplomacy include bilateral and multilateral associations, such as inter-parliamentary institutions, staff exchanges and friendship groups. We welcome the work of the IPU to help foster political dialogue conducive to peacebuilding and the peaceful resolution of conflict, and encourage the IPU to continue its efforts in this regard. We also call upon the IPU to support and accompany a return to the rule of law in countries, many of them on the African continent, which have undergone an unconstitutional dissolution of parliament.

As representatives of the people, we parliamentarians are keenly aware of our responsibility to build bridges of understanding among nations, bring peace to citizens and find consensus on how to overcome joint hurdles. Parliamentarians further have an active role to play in ensuring that efforts to negotiate peace processes, treaties and other international agreements are rooted in the needs of the people, taking into account traditional wisdoms and values. In addition, we recognize that parliamentarians are uniquely positioned to ensure compliance with the rule of law and international norms, which are essential prerequisites for restoring the conditions for peaceful coexistence and alleviating the growing fragmentation of societies and the multilateral system.

We condemn all human rights violations arising during conflict as well as all breaches of the basic rules, principles and core tenets of international law, in particular international humanitarian law. In this regard we must pay particular attention to the situation of young people who, when faced with disruption in their formative years, risk growing up as a lost generation, and to recognizing the vital role that women can and should play in conflict prevention and peacebuilding. Parliamentary diplomacy is a crucial tool in empowering parliamentarians to actively promote and safeguard these rights and standards at the national level, as well as to advance democratic principles and human rights standards worldwide.

E

#IPU148

Furthermore, we seek to prioritize the safeguarding of human rights by emphasizing the importance of ratifying and effectively implementing international humanitarian law and human rights instruments at the national level as a critical step in ensuring that those entitled to protection genuinely benefit from it. Likewise, we agree to work to disseminate international humanitarian law as widely as possible to the population as a whole, to provide gender-sensitive training to armed and security forces on this subject and to step up the accountability of these forces for their actions.

We strongly reiterate our commitment to upholding the rule of law, both domestically and internationally, as the cornerstone of conflict prevention and resolution, as well as our belief in dialogue and diplomacy as an indispensable tool to achieve enduring peace. We urge all States, especially those parties to an armed conflict, to adhere strictly to the 1949 Geneva Conventions and their Additional Protocols, with no exceptions. Additionally, we advocate for increased recourse to the International Court of Justice and other international judicial institutions as essential mechanisms for the peaceful resolution of disputes between nations.

We condemn the recent surge in identity-based hatred around the world, particularly religious hatred, and regret the political polarization that is helping to drive this phenomenon. We advocate for holistic dialogue processes that involve representatives of religions, beliefs and faith-based organizations to effectively complement existing efforts to mitigate violence and promote peace, inclusion and understanding. We commit to continuing our work to achieve the recommendations outlined in the Marrakesh Communiqué, the outcome document of the IPU's Parliamentary Conference on Interfaith Dialogue, held in June 2023.

There is a close link between peace and development. The deterioration of peace and the escalation in the frequency and severity of conflicts within and between countries jeopardizes development gains and the attainment of the Sustainable Development Goals. Vulnerable, marginalized and underrepresented members of society, such as women, youth, children, the elderly, the poor, indigenous people, minorities, and persons with disabilities, are disproportionately impacted by conflict, which further exacerbates pre-existing inequalities, such as unequal access to socio-economic and political rights. One such manifestation of this is in the radicalization by extremist groups of at-risk and often under-employed youth in fragile, conflict-affected States, undermining national security.

Our focus should be on tackling the underlying causes of conflict, which are often rooted in economic inequality and discrimination against entire groups. The well-being of the most vulnerable is a good litmus test for the health of society at large. Therefore, it is imperative to address the specific needs of at-risk members of the population by embracing inclusive solutions that simultaneously preserve their dignity, reduce their exposure to the detrimental impacts of conflict and provide the conditions for them to realize their socioeconomic potential. We should therefore increase our focus on human security, which encompasses citizens' protection by prioritizing essential needs such as food, health care and environmental security, and on guaranteeing equal rights for all, as the main path to fostering both peace and development.

We must monitor the early warning signs of potential conflicts both locally and nationally and take adequate action to prevent escalation, foster dialogue and cooperation, and ensure compliance with international humanitarian and human rights law. In this vein, we recognize our responsibility to promote conflict prevention through a focus on disarmament, reducing military spending, shifting budget priorities to better address the root causes of conflict, and holding governments to account – including by challenging their use of emergency powers to wage war. We also need to work towards the demilitarization of cyberspace and artificial intelligence, so that they can instead be used to open up spaces for scientific breakthroughs, international cooperation and peace.

Since parliamentarians are well-placed to play the role of impartial mediators, to facilitate dialogue to prevent or de-escalate conflict or to restore peace, we also pledge to redouble our efforts to resolve conflicts through the exercise of parliamentary diplomacy. We reaffirm our commitment to preventing a relapse of large-scale disputes in post-conflict situations, including through enacting, overseeing and monitoring the implementation of peace agreements and ensuring they are accompanied by adequate funding for basic health care services, mental health support, transitional justice and institutional reforms. We further commit to addressing past and current discord through bolstering citizen engagement and ensuring that perspectives from the full breadth of civil society and civic institutions are heard.

We are committed to fostering the more substantial involvement of women and youth in politics and leadership roles, including in the military and security sectors. We commit ourselves to the effective implementation of the women, peace and security, and youth, peace and security agendas of the UN Security Council by ensuring that peace processes, peacekeeping, peacebuilding and conflict prevention integrate a gender perspective and guarantee the equal and meaningful participation of women and youth. We also will strive to take all necessary measures to prevent and combat all forms of violence against women and girls, especially against women in politics, as well as conflict-related gender-based violence and violence against minority and marginalized groups. Moreover, we commit to providing assistance to survivors of such violence, recognizing the importance of inclusivity and gender-sensitive approaches in creating a more equitable and secure environment.

Today's challenges transcend borders and demand a collective global response. As members of parliament, we agree on the importance of restoring trust in multilateralism. Further, it is only through international cooperation and upholding the rule of law that we can address growing risks, build solidarity and, through a common security approach, find lasting solutions to establish a shared sense of security, where all nations feel safe, leading to a more secure world for future generations. Essential to the credibility and success of all these efforts is ensuring that the attention and resources devoted to responding to global challenges are commensurate with their severity and not motivated by geopolitical interests, bearing in mind the equal rights, dignity and value of each human life.

Finally, as we mark the 135th anniversary of the IPU, we reconfirm our commitment to inter-parliamentary dialogue and cooperation, and we emphasize the IPU's unique role as the parliamentary counterpart to the United Nations. As we look ahead to the UN Summit of the Future in September 2024, we call on all Member Parliaments to help advance UN reform and to further strengthen the parliamentary dimension of the work of the UN. In turn, we shall take this Declaration back to our respective parliaments, disseminate the outcome of our collective work to our national authorities, and seek to mark the International Day of Parliamentarism (30 June, which coincides with the anniversary of the IPU) through a dedicated event in our respective parliaments.

As parliamentarians, we commit to lead the way towards a more peaceful world, pursuing tenacious, evidence-based and original approaches, and drawing on the experiences of all members of the global parliamentary community. We therefore pledge to do our utmost, individually and collectively, to protect and promote peace for all.



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.

148th IPU Assembly

Geneva, 23–27 March 2024

IPU Leadership Statement on the situation in Gaza

*Issued at the 148th IPU Assembly
(Geneva, 27 March 2024)*

In view of the worsening situation in Gaza, we call for urgent action to alleviate the suffering of the people in the region, including women, children and the elderly, who have been caught up in the fighting.

On behalf of the global parliamentary community, we call for an immediate ceasefire in Gaza.

We reiterate our demand for the immediate and unconditional release of all hostages.

We appeal to the relevant authorities on all sides to expand the flow of essential humanitarian aid to reach those in need in Gaza.

We reiterate our utter condemnation of any violence against civilians and stress the need for respect for international humanitarian law.

*Tulia Ackson, IPU President, and
Martin Chungong, IPU Secretary General*

E

#IPU148



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.

149th IPU Assembly

Geneva
13–17 October 2024



Geneva Declaration

Harnessing science, technology and innovation (STI) for a more peaceful and sustainable future

*Endorsed by the 149th IPU Assembly
(Geneva, 17 October 2024)*

We, Members of Parliament from around the world, gathered together at the 149th IPU Assembly in Geneva, Switzerland, reaffirm our commitment to harnessing science, technology and innovation (STI) to address the pressing global challenges of our time and to advance peace, sustainable development and human rights.

We are meeting at a time of unprecedented technological advancement and interconnectedness. From the transformative potential of artificial intelligence and the urgent need to combat climate change, to the persistent digital divide and the ethical challenges posed by emerging technologies, the multifaceted opportunities, challenges and risks we face underscore the need for parliaments to take urgent collective and forward-looking action, informed by common ethical standards regarding STI development and governance. We note that some nations have already taken bold decisions to pre-emptively ban certain inhumane technologically advanced weapons, creating a good practice precedent. The challenges we face demand a shared global commitment to leveraging STI for the common good.

We conclude this Assembly recognizing the potential of STI, when guided by ethical principles and inclusive governance, as a powerful means for building trust, promoting cooperation, bridging divides and enhancing the contribution of parliaments and parliamentarians to build a more peaceful, equitable and sustainable world. We welcome the work of the IPU to foster dialogue and cooperation on issues related to STI and we commit to continue and expand these efforts.

We note with satisfaction that the themes of science, technology and innovation permeate the important commitments adopted by the United Nations General Assembly in September 2024, namely the Pact for the Future, the Global Digital Compact and the Declaration on Future Generations. We are committed to working closely with the executive branches of our governments, the United Nations system and civil society on implementing these commitments.

As representatives of the people, we parliamentarians are keenly aware of our responsibility to ensure that the benefits of STI reach all segments of society, to bridge the technological divide between and within nations, communities, genders and generations, and to find consensus on how to overcome the challenges posed by rapid technological change.

We recognize that parliamentarians are uniquely positioned to develop and implement ethical frameworks for STI governance, ensuring that scientific and technological progress aligns with human rights standards and societal values, and contributes to the well-being of all.

Parliaments must address the complex challenges of an increasingly interconnected and rapidly changing world, leveraging strategic foresight to anticipate future trends, opportunities and risks. Parliaments have an important role to set legal boundaries, establish accountability mechanisms and prevent uses of technology that lead to human rights violations, exacerbate inequalities or undermine the rule of law and democratic processes.

E

#IPU149

We must pay particular attention to the situation of women, youth and groups in vulnerable or marginalized situations who risk being left behind in the digital age, and recognize the vital role they can and should play in shaping the future of STI. Parliamentary action is crucial in empowering all sections of society to participate in and benefit from technological advancements. Parliaments must address the specific needs of these groups by embracing inclusive technological solutions that simultaneously preserve dignity, uphold rights, reduce exposure to digital risks and provide the conditions for them to realize their socioeconomic potential.

We especially commit to fostering the more substantial involvement of women and youth in STI, including in education, public health, research, innovation and technology governance, and to the effective implementation of gender-responsive and youth-inclusive STI policies by ensuring that technological development processes integrate diverse perspectives and guarantee the equal and meaningful participation of all segments of society.

We reiterate our commitment to evidence-based and efficient policymaking and to fostering a culture of scientific inquiry and innovation. We urge all States to invest in research and development, promote international science diplomacy, and adhere to global standards for responsible innovation. We advocate for increased recourse to scientific expertise in parliamentary decision-making processes as an essential mechanism for addressing complex global challenges.

We recognize the close link between STI, peace and development. The ethical and inclusive application of STI is crucial for achieving the Sustainable Development Goals, building resilient societies and strengthening accountability. Conversely, the misuse of or unequal access to technology can exacerbate existing inequalities and conflicts, or risk creating new ones.

Our focus should be on harnessing STI to tackle the underlying causes of global challenges, which are often rooted in socioeconomic exclusion, inequality, discrimination, lack of access to education and environmental degradation. We should increase our focus on leveraging technology to enhance human security, which encompasses citizens' protection by addressing essential needs such as food security, healthcare, shelter, education – including digital literacy – political security, environmental sustainability and climate action. STI can also be harnessed to anticipate and mitigate the impacts of natural hazards and public health emergencies.

We must monitor the potential risks and challenges posed by emerging technologies and take necessary and pre-emptive action to mitigate negative impacts, foster responsible innovation and ensure compliance with international standards and ethical principles. In this vein, we recognize the importance of ethical AI development, cybersecurity and digital privacy protection to ensure the peaceful use of technology that is grounded in human rights. In particular, we commit to ensuring a safe online environment to prevent harassment, bullying and cybercrime, particularly when they are gender-based. Particular attention must be paid to addressing, through regulation and targeted policy, the proliferation of misinformation, disinformation, and AI-generated content that propagates hate speech, as these can undermine public trust and threaten social cohesion.

Today's technological challenges transcend borders and demand a collective global response. As members of parliament, we agree on the importance of international cooperation in STI governance. It is only through collaborative efforts and upholding ethical standards that we can bridge the STI gap between and within nations, address growing technological risks, build digital solidarity, strengthen common security and trust to reduce tensions, find lasting solutions to establish a shared sense of security and prosperity in the digital age, and strengthen worldwide collaboration and exchange in scientific knowledge development and related technological innovations.

We reconfirm our commitment to inter-parliamentary dialogue and cooperation on STI issues. We emphasize the IPU's unique role in fostering global parliamentary cooperation on STI governance. We welcome the adoption of the IPU Charter on the Ethics of Science and Technology and IPU resolution on *The impact of artificial intelligence on democracy, human rights and the rule of law*. We further acknowledge the reports, recommendations and guidelines on digital transformation and AI that have been developed through the IPU's Centre for Innovation in Parliament, including the World e-Parliament Report 2024. We commit to work for the implementation of these new standards.

We pledge to take this Declaration back to our respective parliaments, disseminate the outcome of our collective work to our national authorities and seek to implement its principles through legislative, budgetary and oversight actions.

As parliamentarians, we commit to lead the way towards a more equitable, sustainable and technologically advanced world, pursuing informed, inclusive and innovative approaches to STI governance. We therefore pledge to do our utmost, individually and collectively, to harness the power of science, technology and innovation for the benefit of all humanity and the preservation of our planet.